

Rede zum Einzelplan 15, Gesundheit (Haushaltsdebatte)

Deutscher Bundestag, 28.03.2006

Dr. Konrad Schily (FDP):

Anrede,

es ist ein uralter ärztlicher Grundsatz, dass der liebe Gott vor die Therapie die Diagnose gestellt hat. Die Erkennung von Symptomen reicht da nicht, Symptome haben nur hinweisenden Charakter, was die eigentliche Diagnose, die Krankheit, angeht. Wenn ich als Arzt symptomatisch therapiere, also bloß die Symptome behandle, ist dies ärztlich nur dann vertretbar, wenn ich weiß, dass die Krankheit zum Tode führen wird. Das heißt, ich kann dem Patienten das Leiden erleichtern, zum Beispiel die Schmerzen nehmen. Wir nennen das Palliativmedizin.

Welches sind die Symptome unseres Gesundheitssystems?

Tausende von Ärzten sind in den vergangenen Wochen auf die Strasse gegangen. Am Freitag der vergangenen Woche waren es 30.000 hier in Berlin.

Die Ärzte leiden unter einer immer wachsenden Last von Bürokratie. Sie wissen nicht, ob die von ihnen erbrachte Leistung überhaupt bezahlt werden wird, und sie wehren sich dagegen, wie der Präsident der Ärztekammer, Hoppe, es formuliert hat: „Gehilfen einer staatlichen Rationalisierungspolitik“ zu werden.

Das Gesundheitssystem scheint unaufhaltbar immer teurer zu werden. In wechselnder Reihenfolge wurden die verschiedenen Beteiligten in der Vergangenheit - und werden wohl auch in der Zukunft - verantwortlich gemacht, dass heißt zur Kasse gebeten.

Einmal waren es die Krankenhäuser mit diagnosebezogenen Fallpauschalen und Budgetierungen, dann waren es die Ärzte denen ebenfalls Budgets verordnet wurden, dann wurden die Patienten mit einer Praxismaut, einer Gebühr von 10 Euro für das Betreten einer ärztlichen Praxis, belegt.

Das jüngste dieser Instrumente ist das Arzneimittel-
verordnungswirtschaftlichkeitsgesetz, dass nicht zu der beabsichtigten
Kostenreduktion, sondern zu noch mehr Bürokratie und sicherlich auch zu einer
erheblichen Störung des Arzt-Patientenverhältnisses führen wird.

Bisher gab es bei den zahllosen „Reformen“ nur einen Gewinner: die ausufernde
Bürokratie und die aus dem Misstrauen geborenen Kontrollinstrumente. Beide kosten
Geld und verteuern das System.

Über Patienten und über kranke Menschen wird schon lange nicht mehr gesprochen,
es heißt ja auch inzwischen „Gesundheitskasse“ statt „Krankenkasse.“ Im
Vordergrund der Debatte steht immer nur das Geld, das nicht reicht.

So hören wir jetzt wieder die scheinmoralische Rhetorik derer, die über eine
Zweiklassenmedizin klagen und damit eigentlich aussagen wollen, dass es da noch
Menschen gebe, denen man in die Taschen greifen könne.

Ziel dieser Rhetorik ist es, auf die so genannten Reichen mit dem Finger zu zeigen,
also auf die 10% privat Versicherten, die oft bis zu 40% der Kosten in den Praxen
decken. Damit will man davon ablenken, dass man schon wieder auch in den
Taschen der gesetzlich Versicherten herumfingert, ob nicht der eine oder andere
Euro noch zu finden ist. Das nennt sich dann „Gesundheits-Soli“ und /oder eine
pauschale Abgabe für jeden Einzelnen.

Dem Bürger wird also immer mehr Geld aus allen Taschen gezogen - und im
Austausch dafür werden ihm die Leistungen auch gekürzt! Das System ist so
angelegt, dass die Einzelnen möglichst wenig mitmachen können und – mit Verlaub -
für dumm verkauft werden. Die Einzelnen können nicht erkennen, was für Kosten sie
verursachen, was also ihre ärztliche Behandlung kostet und was sie für die hohe
Bürokratie an die Kasse zahlen müssen. Ein Kostenbewusstsein für die Einzelnen
kann sich so nicht herausbilden. Was bei den Einzelnen bleibt, ist das ungute Gefühl,
für relativ wenig Leistung, viel zu bezahlen.

Soweit die Symptome.

Was ist die Diagnose?

Es ist uns in Deutschland gelungen, ein System das für 10-15% der Bevölkerung entworfen wurde, nämlich für die, die sich aus eigener Kraft, gleich aus welchem Grund, nicht absichern konnten, auf 90% der Bevölkerung auszudehnen. Und wir haben dabei im großen Maßstabe nichts anderes bewiesen, als dass der Staat den Bürgern nicht mehr zurückgeben kann, als das was er ihnen zuvor genommen hat – und dies abzüglich der Kosten für die Bürokratie.

Und wir haben weiter bewiesen, dass unfreie, bürokratische Systeme weder sozial noch effektiv noch kostengünstig sind, dass sie den Bürger zu entmündigen trachten und seine freie Entscheidung durch staatliche Maßregeln ersetzen.

Verehrte Kollegen von der CDU/CSU, bevor Sie zustimmen dieses Zwangskollektiv auf 100% auszudehnen, erinnern Sie sich an die Väter der sozialen Marktwirtschaft und bedenken Sie, dass Wohlstand und sozialer Zusammenhang in gegliederten und freien Systemen entsteht und nicht in staatlichen Großbürokratien. Der Staat kann eben nicht mehr ausgeben, als er einnimmt.

Eines muss klar sein - die Richtungsentscheidung, die ansteht, heißt:

- entweder freie Berufe im Gesundheitswesen oder staatliche Erfüllungsorgane,
- entweder freie, eigenverantwortliche Bürger oder deren Gängelung unter dem Deckmantel der Fürsorglichkeit und Solidarität durch Gesetze, Verordnungen und Maßregeln,
- entweder die Preisbildung zwischen überschaubaren Versichertengemeinschaften oder eine staatliche Versicherungsbürokratie,
- entweder gezielte Hilfen für diejenigen, die sich aus eigener Kraft keine Gesundheitsversorgung leisten können oder eine Umverteilung nach dem Gießkannenprinzip mit den bekannten Ungerechtigkeiten.

Die FDP steht für Freiheit, Solidarität, Eigenverantwortung und Wettbewerb.

Nicht dieses Parlament und keine Regierung - gleich welcher Couleur - sind die Ärzte der Nation und sie haben kein Recht unser Leben vormundschaftlich zu gestalten.

Diese Auffassung, auch wenn sie leider nicht häufig Mehrheitsmeinung war, gehört zur vornehmsten Tradition der europäischen Aufklärung.

Verabschieden wir uns von der alles durchdringenden Bevormundung durch den Staat, hier besonders im Gesundheitswesen! Achten wir die freien Berufe und vertrauen wir der Individualentscheidung des Bürgers für seine Vorsorge und seine individuelle Lebensweise! Unsere Pflicht als Parlamentarier ist es, den Rahmen einer freien Entwicklung zu schaffen und zu garantieren.

Damit würden die Mittel frei werden, um den Schwachen in der Gesellschaft wirklich zu helfen. In einem freien Gesundheitswesen ist Platz für Therapiefreiheit, für Zuwendung dem wirklich Hilfsbedürftigen gegenüber. Und nicht zuletzt wird es wieder Raum geben für ein Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Therapeut, ohne das - auch dies gehört zum gesicherten Kernbestand unseres Wissens – eine Heilung nicht unmöglich, aber sehr erschwert wird.

Zurück zum Anfang: vor der Therapie kommt die Diagnose. Ich hoffe, die Koalition bringt jetzt den Mut zur ehrlichen Diagnose auf und betätigt sich nicht als Kurpfuscher, der versucht sich mit symptomatischer Behandlung über die Zeit zu retten.